

Frauenpower in Männerdomäne

Zwei Polizistinnen über den Alltag auf der Strasse, platte Sprüche und Provokationen

Von Boris Gygax

Liestal. Die Polizei ist noch immer eine Männerdomäne. Doch die Frauen sind auf dem Vormarsch. Ihr Anteil wuchs schweizweit innerhalb von fünf Jahren von 10 bis heute auf 17 Prozent. Bei der Baselbieter Polizei liegt der Frauenanteil mit 17 Prozent im nationalen Durchschnitt. In Basel-Stadt ist fast ein Drittel der Polizeiangehörigen weiblich, 2008 waren es noch so viele wie jetzt im Baselbiet. Migrantinnen und Frauen werden in Basel bewusst gefördert. Im Kanton Neuenburg werden dieses Jahr sogar erstmals mehr Frauen als Männer ausgebildet.

Obwohl die Idealbesetzung einer Streife aus Polizist und Polizistin besteht, wird im Baselbiet der Fokus nicht speziell auf die Ausbildung von Frauen gerichtet. Man wolle die am besten geeigneten Personen, dies sei jedoch nicht vom Geschlecht abhängig, sagt Claudia Räber, Leiterin der Grundausbildung der Baselbieter Polizei. Der Anteil schwanke darum von Jahrgang zu Jahrgang. Meistens lasse sich die Streife trotz der Überzahl der Männer mit beiden Geschlechtern besetzen. Im April fangen bei der Baselbieter Polizei fünf Frauen und fünf Männer an. Die theoretische und praktische Ausbildung sei für beide Geschlechter gleich.

Charmeoffensive auf der Strasse

M. Bühler, ihren Vornamen möchte sich nicht in der Zeitung lesen, ist seit fast einem halben Jahr auf der Strasse im Einsatz. Passanten haben weniger Vorurteile gegenüber ihrem Geschlecht, sondern eher aufgrund ihres Alters, sagt sie. Mit «Anstand und Respekt» könne man in diesen Situationen punkten, erzählt die 26-Jährige. Es gebe jedoch schon den Typ Autofahrer, der seinen Charme spielen lässt, sie fragt, ob sie verheiratet sei oder sie auf einen Kaffee einlädt. «Ich nehme das mit Humor. Meistens entstehen daraus ganz lustige Unterhaltungen.»

Auch Räber hat in ihren 13 Jahren Aussendienst einiges erlebt. Sie musste sich schon ziemlich platte Sprüche gefal-



Zu zweit unterwegs. Polizistin Bühler (r.) und Ausbilderin Räber gehen mit männlichen Kollegen auf Streife. Foto Stefan Leimer

len lassen. Der Klassiker: «Oh ja, bitte verhaften Sie mich!» Darüber müsse eine Polizistin einfach stehen können, sagt Räber gelassen. «Auch Frauen sind nicht verlegen um einen Versuch, bei männlichen Kollegen mit Süßholzraspeln einen Vorteil herauszuholen.»

Bühler war in der internen Ausbildung die einzige Frau, sozusagen die Henne im Korb. «Ich habe schon den Eindruck, dass sich eine Frau in einer Männerdomäne mehr beweisen muss.» Fehler würden ihr von Kollegen oder Passanten eher schwerer angelastet als bei Männern. Sie habe sich als einzige Frau trotzdem wohlgeföhlt in der Ausbildung. «Mein Bündner Dialekt hat mehr zu reden gegeben als mein Geschlecht», sagt sie lachend.

Auf Streife habe sich das Ansehen der Polizistin in den letzten Jahren kaum verändert, findet Räber. «Doch

der Respekt der Jugendlichen hat merklich abgenommen.» Es werde heute eher provoziert, mit frechen Sprüchen oder Fotos, die per Smartphone gemacht werden. Das habe es früher in diesem Ausmass nicht gegeben. «Wir müssen das jedoch aushalten können», sagt Räber. «ob Mann oder Frau.» Von Erwachsenen sei sie in der Regel mit Respekt behandelt worden. Es gebe jedoch Männer aus Kulturen, wo die Frau einen niedrigeren Stellenwert besitze als in der Schweiz. «Da wurde ich auch schon abschätzig angeschaut, oder der Mann sprach demonstrativ nur mit meinem männlichen Kollegen und ignorierte mich.»

Normalerweise ist die Baselbieter Polizei in gemischten Teams auf Streife. Gerade bei Sexualdelikten, häuslicher Gewalt, vermissten Kindern oder Todesnachrichten sei es besonders wichtig,

dass eine Polizistin dabei ist. «Eine Frau oder ein Kind öffnet sich einer Polizistin eher als einem Polizisten», sagt Räber. Umgekehrt sei es von Vorteil, wenn der männliche Kollege einen handfesten Streit erstmals stoppen kann, ergänzt Bühler. Entscheidend sei auch, wie der Polizist oder die Polizistin bei Passanten ankommt. Eine Frau wirke öfters deeskalierend. «Sind Drogen oder Alkohol im Spiel, dann ist das Geschlecht wiederum kein Vorteil.»

Allfällig gefährliche Situationen haben Bühler jedoch nie von der Ausbildung zur Polizistin abgeschreckt. «Ich denke, es wäre auch nicht förderlich, mit der Angst auf Streife zu gehen.» Zudem gebe es «Einsatzmaterial», das sie im Notfall auch einsetzen dürfe. Die Frage, ob das auch schon bei Charmeoffensiven notwendig wurde, verneint sie lachend.

Hafen in Rheinfelden als Option

Schweizerische Rheinhäfen könnten sich neues Terminal vorstellen

Von Dina Sambar

Rheinfelden. Die Schweizerischen Rheinhäfen bauen den Standort Kleinhüningen aus, damit künftig mehr Güter umgeschlagen werden können. Ab 2019 sollen jährlich rund 300'000 Standardcontainer verladen werden können. Gemäss einer neuen Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz ist der Weitertransport der Güter vom Containerterminal Basel Nord aus jedoch problematisch, weil die Verkehrsachsen überlastet sind.

Die Studienautoren schlagen deshalb vor, den Bau eines Hafens zwischen Kaiseraugst und Rheinfelden ins Auge zu fassen (die BaZ berichtete). Der Vorteil: Der Rhein ist auf dieser Strecke bereits schiffbar. Der Aargauer SVP-Nationalrat Hansjörg Knecht, welcher die FHNW-Studie mitfinanziert hat, will die Idee weiterverfolgen. In Bern streckt er demnächst die Fühler aus, um zu sehen, wie das Ansinnen beim Bundesamt für Verkehr ankommt.

Bei den Schweizerischen Rheinhäfen in Basel verfolgt man entsprechende Pläne aufmerksam, will sich aber nicht konkret festlegen. «Ein Hafenterminal in Rheinfelden oder Kaiseraugst ist als Zukunftsoption für die Jahre 2035 bis 2040 gegebenenfalls prüfenswert», sagt Sprecher Simon Oberbeck.

Kanton Aargau soll prüfen

Ein wichtiger Faktor bei entsprechenden Überlegungen wäre eine gute Verkehrserschliessung. «Ziel ist es, bei all unseren Häfen möglichst viele der Güter mit der Bahn weitertransportieren zu können. Aktuell sind es 63 Prozent», erklärt Oberbeck. Der Ball liege bei allfälligen Abklärungen aber nicht bei den Schweizerischen Rheinhäfen: «Ein Hafen in Rheinfelden fällt ins Hoheitsgebiet des Kantons Aargau und

des Bundes. Sie müssten die Option prüfen.» Hinter dieser Aussage steht auch der Baselbieter Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber (SVP), der im Verwaltungsrat der Schweizerischen Rheinhäfen sitzt.

Laut Nationalrat Knecht sind die Transportunternehmer sehr unzufrieden mit der Verkehrssituation im Raum Basel. Ähnliches erzählt auch Marco Brandenberger, dessen Firma Stella Brandenberger Transporte AG mit Sitz in Pratteln ausschliesslich Überseecontainer transportiert. Von seinem Firmengebäude aus könne er täglich mit eigenen Augen beobachten, wie sich zu den Stosszeiten Staus auf der Autobahn bilden und sich infolgedessen auch die Strassen darum herum verstopfen.

Unternehmer für neuen Hafen

«Wir leiden ganz klar unter der Verkehrssituation. Jede Minute, die unsere Lastwagen nur im Schrittempo vorwärtskommen, geht ins Geld», erklärt Brandenberger. Ein stark frequentiertes Hafenterminal, zu dem man nicht durch Basel fahren müsste, wäre für ihn deshalb eine Entlastung. Dies sei jedoch seine persönliche Meinung als lokal ansässiger Transportunternehmer: «Ob ein Hafen in Rheinfelden volkswirtschaftlich Sinn macht, kann ich nicht sagen. Schliesslich würde das sehr viel Geld kosten.» Was er jedoch bezweifelt, ist, dass ein Hafenterminal in Kaiseraugst oder Rheinfelden die generelle Verkehrssituation im Raum Basel stark verbessern würde: «Es sind schlicht nicht genügend Lastwagen, die dadurch in und um Basel aus dem Verkehr gezogen würden. Die Situation auf den Strassen bleibt trotzdem schlimm.»

Ob Kecht sich mit einem politischen Vorstoss für ein Hafenterminal im Aargau einsetzen wird, lässt er – bis zu weiteren Abklärungen – noch offen.

1815 bleibt umstritten: «Wir feiern dennoch»

Organisationskomitee stellt sein Programm vor

Von Thomas Dähler

Aesch. Das Organisationskomitee «Birseck – 200 Jahre eidgenössisch» ist sich bewusst, dass die Bewertung der 1815 einsetzenden Restauration umstritten ist. «Wir haben eigentlich keinen Grund zum Feiern, aber wir feiern dennoch», erklärte Franz Wirth vom Heimatmuseum Reinach gestern in Aesch. Das Organisationskomitee stellte vor den Medien sein Programm vor. Geplant sind mehrere Veranstaltungen in allen Gemeinden, die 1815 vom Wiener Kongress in den Kanton Basel einverleibt wurden.

OK-Präsident Hansruedi Thüring stellte klar, dass an den geplanten Veranstaltungen das Bewusstsein für die 200 Jahre Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft geschärft werden soll. «Während 200 Jahren wurden wir von vielem verschont», erklärte Thüring, «deshalb haben wir uns entschieden zu feiern». Es sei dies eine Gelegenheit für die Bevölkerung im Birseck, «die eigene Geschichte kennenzulernen», ergänzte Pascal Ryf von der Arbeitsgemeinschaft «z Oberwil unterwäggs». Wäre das Birseck 1815 nicht Basel und damit der Eidgenossenschaft zugeschlagen worden, hätte die Entwicklung einen ganz anderen Lauf genommen. «Wir sind dankbar dafür, dass wir nicht zu Frankreich oder Deutschland gekommen sind», sprach Ryf Klartext.

Wirth seinerseits räumte ein, dass mit dem Jahr 1815 auch ein Rückschritt verbunden gewesen sei, wurde doch mit der Restauration die Idee begraben, alle Bürger gleichzustellen. Doch heute überwiege die Freude, seit 200 Jahren zur Schweiz zu gehören.

Das Organisationskomitee habe sich spontan gebildet, erläuterte Thüring. Weil das Birseck kein Kanton sei, habe sich erst nach schwierigem Start etwas entwickeln können. Nun seien doch noch mehrere Anlässe zustande gekommen. Das OK hoffe zudem, dass es noch finanzielle Unterstützung erhalte. Man suche dafür den Kontakt mit der Kantonsregierung.

Festanstalten in Reinach und Aesch

Geplant sind mehrere kleinere Gedenkveranstaltungen sowie zwei grössere Festanstalten im September in Reinach und Aesch. Gestartet wird am 19. März mit einer Vernissage in Ettingen, organisiert durch den Kulturhistorischen Verein Ettingen. Ein spezieller Anlass ist der im Juni geplante «Tag der offenen Ruine Pfeffingen» unter dem Motto «Herrschaftszentrum im Birseck, ihre Geschichte und die aktuelle Sanierung».

Die Volkshochschule beider Basel hat weiter im November einen mehrteiligen Volkshochschulkurs mit Hans Utz und Hermann Wichers ins Programm aufgenommen. Utz werde zudem eine Publikation zum Thema herausgeben. Den Schlusspunkt hinter das Dutzend Anlässe setzt die Finissage im November in Arlesheim, bei der ein Festgottesdienst im Dom vorgesehen ist.

Dem Organisationskomitee gehören 17 Persönlichkeiten aus den Birsecker Gemeinden an, die vor 1815 zu den Vogteien Birseck und Pfeffingen gehört haben. Im OK mit dabei sind namentlich die Gemeindepräsidentinnen von Aesch und Allschwil, Marianne Hollinger und Nicole Nüssli, sowie der Thewiler Historiker Hans Utz.

Steuererhöhung in Oberwil?

Erneute Abstimmung im März

Von Joël Hoffmann

Oberwil. Die ausserordentliche Gemeindeversammlung am 4. März in Oberwil sei ausschliesslich dem überarbeiteten Budget 2015 gewidmet, hiess es aus der Gemeinde. Dass diese Ankündigung nicht ganz korrekt ist, zeigt ein Blick auf die kürzlich auf der Gemeinde-Website aufgeschalteten Traktandenliste. Unter 2.2.1. stehen die Steuern erneut zur Disposition. Der Gemeinderat möchte die Steuern von 48 auf 50 Prozent erhöhen. Diese Forderung erlitt bereits an der Budget-GV im Dezember Schiffbruch, ebenso wie das Budget 2015. Darum muss nun Oberwil am 4. März über das überarbeitete Budget befinden.

Dass dann aber die Abstimmung über die Steuererhöhung wiederholt werden muss, könnte auf Unverständnis stossen. Insbesondere, weil beide Geschäfte – also Budget und Steuererhöhung – separat behandelt wurden und über die Steuererhöhung erst nach dem Budget entschieden wurde.

Dessen scheint sich auch der Gemeinderat bewusst zu sein. «Gemäss Auskunft der Stabsstelle Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft muss im Rahmen der Diskussion über das Leistungsbudget zwingend auch wieder über den Steuerfuss abgestimmt werden», schreibt die Gemeinde in der Einladung. Daniel Schwörer, Leiter der Stabsstelle Gemeinden, bestätigt auf Anfrage, dass das Gesetz dem Gemeinderat keine andere Option offen lässt.

Der Gemeinderat nutzt die Chance, um nochmals über eine Steuererhöhung von 48 auf 50 Prozent abstimmen zu lassen. Obwohl der Gemeinderat gemäss GV sparen soll, ist für ihn eine Steuererhöhung unumgänglich. Ansonsten würden der Gemeinde Steuererträge von 1,2 Millionen Franken fehlen, was ein Defizit im Budget 2015 von 1,6 Millionen Franken zur Folge hätte. Im Vergleich zum abgelehnten Budget im Dezember sieht der Gemeinderat insgesamt ein Sparpotenzial von 544'000 Franken. Darunter fallen schmerzhafte Einschnitte wie etwa die Abschaffung des Ruftaxis.

Nachrichten

CVP freut sich ob des guten Wahlergebnisses

Liestal. Die CVP Baselland habe gegenüber der letzten Landratswahl den Wähleranteil um 0,4 Prozent gesteigert, die acht bisherigen Sitze verteidigt und einen neunten knapp verfehlt, stellt die Partei in einem Communiqué fest. Und dazu sei ihr Regierungsrat Anton Lauber «mit einem historischen Resultat von über 41'000 Stimmen mit dem besten Ergebnis wieder in die Regierung gewählt» worden. Das Wahlergebnisse zeige, «dass es der Partei gelungen ist, verlorene Wähler zu reaktivieren und neue zu mobilisieren», freut sich die Parteileitung. Die CVP habe auch bewiesen, dass sie mit guten Köpfen überzeugen und wichtige Positionen besetzen könne. Bedauert wird die «Nichtwiederwahl» ihrer beiden bisherigen Brigitten Bos und Peter Müller, die von Parteifreunden verdrängt wurden.

Grünliberale haben ihr Wahlziel verpasst

Liestal. «Trotz positivem nationalem Trend, deutlich gefestigterem Parteistrukturen und innerer Geschlossenheit» stagniere der Wähleranteil der Grünliberalen bei 4,41 Prozent und drei Landratssitzen, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Intern habe man sich vier Sitze erhofft und nach aussen habe man als Ziel Fraktionsstärke (fünf Sitze) angegeben. Nun sei man enttäuscht, weil man gehofft habe, «als GLP-Fraktion im Landrat unser unabhängiges Profil zwischen den Polen schärfen zu können». Bedauert wird die Abwahl von Gerhard Schafroth und Hans Furer. Immerhin freut man sich bei den Grünliberalen über den Einzug von Nachwuchslauten in den Landrat.